



Versammlungsfreiheit  
Freiheit Hetze Demokratie  
Vielfalt Ausgrenzung  
Vorurteile Meinungsfreiheit  
Religionsfreiheit Terrorismus  
Rassismus Menschenwürde  
Toleranz Extremismus

## Verfassungsschutzbericht kompakt über das Jahr 2024





## **Impressum**

### **Herausgeber**

Ministerium des Innern  
des Landes Nordrhein-Westfalen  
Friedrichstraße 62-80  
40217 Düsseldorf

Telefon: 0211 871-01  
Telefax: 0211 871-3355  
poststelle@im.nrw.de  
www.im.nrw

### **Redaktion**

Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen

Telefon: 0211 871-2821  
info.verfassungsschutz@im1.nrw.de  
www.im.nrw/themen/verfassungsschutz

## **Bestellservice**

info.verfassungsschutz@im1.nrw.de  
www.im.nrw/publikationen

Stand: Juni 2025  
Druck: Düssel-Druck & Verlag GmbH,  
Düsseldorf  
Fotos: picture alliance/ dpa, Stefan Uhlmann,  
Polizei NRW, Verfassungsschutz  
Nordrhein-Westfalen

# Vorwort



Der 23. August 2024 war ein tiefschwarzer Tag in der Geschichte unseres Landes. Das feige Attentat eines mutmaßlichen Islamisten auf dem Solinger Stadtfest hat uns bis ins Mark getroffen. Drei Menschen mussten Opfer dieses grausamen Terroraktes werden, acht wurden zum Teil schwer verletzt. Ihr Tod und das Leiden, so sinnlos. Diese Tat, so niederträchtig.

Genau das ist das, was Islamisten beabsichtigen: Zeigen, wie verletzlich unsere Art zu leben ist. Ziel ist es, uns die Freiheit zu nehmen und unsere Demokratie zu verwunden. Für diese Demokratie sind unsere Sicherheitsbehörden jede Minute im Einsatz. Auch im Verborgenen. An

vorderster Front der Verfassungsschutz. 2024 war ein weiteres anspruchsvolles Jahr. Der Islamismus hat sein hässlichstes Gesicht offenbart. Die Gefahr islamistisch motivierter Anschläge ist weiter abstrakt hoch. Die Tat von Solingen hat gezeigt, wie schnell daraus konkret werden kann.

Die Gefahr zu bannen, die von allein handelnden Tätern ausgeht, die sich unter anderem über das Netz radikalieren und dann plötzlich zur Tat schreiten, ist aktuell vor allem im Islamismus und Rechtsextremismus die größte Aufgabe für den Verfassungsschutz.

Die Bedrohung durch Spionage und Cyberangriffe nimmt in dem Maße zu, in dem die Konflikte in der Welt sich verschärfen - im Jahr 2024 massiv. Vor allem Russland hat seine nachrichtendienstliche Methodik verändert und tritt zunehmend robuster auf. Aber auch China, Iran

und die Türkei bleiben im Fokus der Spionage- und Cyberabwehr. Die Ziele der Staaten variieren dabei. Neben der schlichten Informationsbeschaffung, dem Ausspähen oder der illegitimen Einflussnahme geht es auch darum, die Bürgerinnen und Bürger zu verunsichern und - wenn möglich - die Demokratien zu destabilisieren. Selbstverständlich gilt es, diese Ziele abzuwehren. Wir tun alles, was wir können - für die Demokratie.

Mit seiner menschenverachtenden Ideologie bleibt der Rechtsextremismus die größte Bedrohung für unsere Demokratie. Der Verfassungsschutz stellt fest, dass die Szene ihr Erscheinungsbild aufgefrischt hat. Das ist aber nur alte Ideologie in neuem Gewand. Vor allem durch eine Strategie der Entgrenzung sollen rechtsextremistische Inhalte salonfähig gemacht werden. Sie nutzen die gesamtgesellschaftliche

Polarisierung in der Migrationsdebatte, um auch für bürgerliche Kreise anschlussfähig zu sein. Das macht Rechtsextremismus so gefährlich.

Extremismus generell ist moderner, jünger und digitaler geworden. In den sozialen Medien werden rund um die Uhr menschenfeindliche Botschaften gesendet. KI-generierte Videos und Fotos landen minütlich in den Timelines von Social Media und erzielen große Reichweiten. Wie Gift sickern extremistische Anschauungen langsam in die Köpfe - vor allem von Kindern und Jugendlichen.

Auch Antisemitismus ist in unserer Gesellschaft weiter präsent. Besonders durch die Eskalation des Nahost-Konflikts hat der Hass auf Jüdinnen und Juden in der Gesellschaft in den vergangenen Jahren erheblich zugenommen. Antisemitische Übergriffe auf jüdische Mitmenschen und

Gedenkstätten sind keine Seltenheit mehr. Dass das 80 Jahre nach dem Holocaust geschrieben werden muss, ist so traurig wie bitter. Die Geschichte lehrt uns, jeglicher Form von Antisemitismus entschieden entgegenzutreten.

Den Auslandsbezogenen Extremismus hat der Verfassungsschutz genauso auf dem Schirm. Dass wir weiter konsequent gegen Gruppierungen vorgehen, die Terror und Antisemitismus befürworten, zeigt das Verbot des Vereins „Palästina Solidarität Duisburg“. Wir nutzen alle juristischen Möglichkeiten, um klare Kante gegen Extremismus zu zeigen. Und darum schauen wir auch ganz genau hin, wenn Fußballspieler vermeintlich harmlose Handzeichen machen.

Der Wolfsgruß während der Fußball-EM in unserem Land bleibt da nicht verborgen. Die Grauen Wölfe gehören zur rechtsextremistischen

Ülkücü-Bewegung. Darum gilt es, jedem Versuch, diese Ideologie zu normalisieren und in der Gesellschaft zu verankern, die rote Karte zu zeigen.

Auch der Linksextremismus hatte 2024 seine Bühne. Linksextremisten führten zum Teil gewaltsame Proteste durch und demonstrierten neben vielen Nicht-Extremisten etwa gegen den Bundesparteitag der AfD in Essen oder harhten vor der Düsseldorfer Rheinmetall-Zentrale für ihren antimilitärischen Protest aus. Linksextremistische Aktivisten mischten sich auch unter Palästina-Demos an deutschen Universitäten. Ziel dieser Aktivitäten ist, über anschlussfähige politische Brennpunktthemen zivildemokratischen Protest zu radikalieren und linksextremistische Ideologie in das bürgerliche Spektrum zu tragen.

Der Verfassungsschutz hat als Frühwarnsystem alle Extremismusbereiche im Blick. Darüber hinaus spielt er auch eine wesentliche Rolle bei der Bekämpfung von Terrorismus. Die Herausforderungen werden aber nicht weniger, sondern mehr. Darum braucht es zusätzliche rechtliche Instrumente. Unser Verfassungsschutzgesetz bekommt 2025 ein Update. Bewährtes wird übernommen, aber durch neue Regelungen, die auf der Höhe der Zeit sind, ergänzt.

Ich danke allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Verfassungsschutzes für ihren Einsatz. Der beste Schutz unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung gelingt aber nur mit verantwortungsbewussten Bürgerinnen und Bürgern. Um unsere Demokratie müssen wir uns kümmern, Tag für Tag. Jeder von Ihnen hält diese Demokratie am Laufen. Sorgen Sie dafür, dass sie weiterläuft.





Herbert Reul  
Minister des Innern  
des Landes Nordrhein-Westfalen



Diese Broschüre bietet eine Zusammenfassung des Verfassungsschutzberichtes über das Jahr 2024.

Scannen Sie den QR-Code mit Ihrem Smartphone und laden Sie den aktuellen Verfassungsschutzbericht 2024 herunter.

# Grundlagen und Ziele des Verfassungsschutzes

Der Verfassungsschutz ist das Frühwarnsystem vor Gefahren für die Demokratie, die von politischem oder religiösem Extremismus, Terrorismus und Spionage ausgehen. Dabei hat er sowohl die reale als auch die digitale Welt im Blick.

## Über den Verfassungsschutz

Verfassungsschutz ist nach dem Grundgesetz eine Aufgabe der Länder und des Bundes. Verfassungsschutzbehörde des Landes Nordrhein-Westfalen ist das Ministerium des Innern. Die für den Verfassungsschutz zuständige Abteilung innerhalb des Ministeriums nimmt ihre Aufgaben gesondert von der Polizeiorganisation wahr. Die Verfassungsschutzbehörden der einzelnen Bundesländer sind gesetzlich dazu verpflichtet,

untereinander und mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz zu kooperieren, wobei das Bundesamt die Aufgaben einer Zentralstelle auf Bundesebene übernimmt.

Der NRW-Verfassungsschutz verfügte im Jahr 2024 über einen Haushalt von rund 18,8 Millionen Euro, das ist rund eine Millionen Euro weniger als im Vorjahr. Davon waren rund 8,6 Millionen Euro für die Prävention vorgesehen. Zudem waren ihm für das Berichtsjahr 553 Stellen zugewiesen.

Die Aufgaben und Befugnisse des Verfassungsschutzes sind gesetzlich festgelegt. Ein Ermessensspielraum, welche verfassungsfeindlichen

Bestrebungen zu beobachten sind, besteht nicht. Der öffentlichen Berichterstattung des Verfassungsschutzes über von ihm beobachtete Organisationen und Strukturen geht hingegen eine Ermessensentscheidung zur Art und Weise der Information der Öffentlichkeit voraus. Eine Berichterstattung ist zudem erst dann zulässig, wenn hinreichend gewichtige tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht verfassungsfeindlicher Bestrebungen oder Tätigkeiten bestehen, ein öffentliches Interesse an der Bekanntgabe besteht und der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gewahrt ist.

Eine zentrale Veröffentlichung ist der jährlich erscheinende Verfassungsschutzbericht. Der vorliegende Bericht bezieht sich auf Ereignisse und Beobachtungen im Jahr 2024. Hinweise auf Geschehnisse außerhalb Nordrhein-Westfalens sind aufgenommen, soweit sie für das

Verständnis des Berichts erforderlich sind. Ergänzende Informationen gibt es online unter [www.im.nrw/verfassungsschutz](http://www.im.nrw/verfassungsschutz).

## **Grundlagen und Zielsetzung des Verfassungsschutzes**

Nach Paragraph 3 Absatz 1 des Gesetzes über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen (VSG NRW) hat der Verfassungsschutz die Aufgabe, bereits im Vorfeld von konkreten Gefährdungslagen Informationen zu sammeln und auszuwerten über

- Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziel haben,

- ▶ sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht,
- ▶ Bestrebungen, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden und
- ▶ Bestrebungen und Tätigkeiten, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung oder das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind.

### Kennzeichnung

Strukturen und Organisationen, deren Verfassungsfeindlichkeit bereits erwiesen ist, werden im Folgenden im Fettdruck gekennzeichnet. Soweit die Verfassungsfeindlichkeit zwar noch nicht erwiesen ist, aber hinreichend gewichtige tatsächliche Anhaltspunkte einen Verdacht auf verfassungsfeindliche Bestrebungen begründen, werden die betroffenen Organisationen in Kursivdruck gesetzt.

Beispiel: **Partei X**, *Partei Y*

# Kompakt

## Rechtsextremismus

- ▶ Die rechtsextremistische Szene gewinnt wieder verstärkt Jugendliche und junge Erwachsene. Das betrifft sowohl die rechtsextremistische Strömung der Neuen Rechten als auch neonazistisch geprägte Gruppen.
- ▶ So genannte **Active Clubs** versuchen mit Kampfsport und Outdoor-Aktivitäten Interesse zu wecken, andere im Internet entstandene Gruppierungen mobilisieren ihre Anhängerschaft mit Störaktionen gegen Christopher-Street-Day-Veranstaltungen.

23. Januar

Urteil des Bundesverfassungsgerichts, dass Die Heimat (vormals: NPD) für die Dauer von sechs Jahren von der staatlichen Parteienfinanzierung ausgeschlossen ist.

26. Februar

Die frühere RAF-Terroristin Daniela Klette wird nach 30 Jahren im Untergrund in Berlin festgenommen.

2024 ▶▶

— 01 — 02 — 03 — 04 — 05 — 06 — 07 — 08 — 09 — 10 — 11 — 12 — ▶

- Der digitalisierte Rechtsextremismus verschafft der Propaganda eine hohe Reichweite und befördert Radikalisierungsprozesse bei jungen Menschen. Dabei setzt die Szene zunehmend auf KI.
- Die Remigrationskampagne, als modernisierte Form der fremdenfeindlichen Forderung „Ausländer raus“, wird von der gesamten rechtsextremistischen Szene getragen.

## Reichsbürger und Selbstverwalter / Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates

- Die Szene der **Reichsbürger und Selbstverwalter** gewinnt weiterhin neue Anhänger. Seit der Corona-Pandemie gelingt dies verstärkt auch bei Frauen und jüngeren Erwachsenen.

13. Mai

Das OVG Münster entscheidet, dass die Einstufung der AfD als rechtsextremer Verdachtsfall durch das Bundesamt für Verfassungsschutz rechtens ist.

16. Mai

Verbot und Auflösung des Vereins „Palästina Solidarität Duisburg

2024 ►►

— 01 — 02 — 03 — 04 — 05 — 06 — 07 — 08 — 09 — 10 — 11 — 12 — ►

- Im Phänomenbereich der verfassungs-schutzrelevanten Delegitimierung des Staates findet in einigen Bereichen eine Rechts-extremisierung statt. Die Szene übernimmt zunehmend rechtsextremistischen Positionen und arbeitet mit Rechtsextremisten zusammen.

## Linksextremismus

- Proteste gegen die AfD sind für die Linksa autonomen ein wesentliches Mobilisierungs- und Aktionsthema, insbesondere der „antifaschistische Kampf“, etwa bei Protesten gegen den 15. Bundesparteitag der AfD in Essen im Juni 2024.
- Akteure aus dem eher autonomen Spektrum schließen sich zu **kommunistischen Kleingruppen** zusammen. Sie sind stärker ideologisch geprägt und handeln aktionsorientiert.

21. Mai  
Gegen die Reichsbürger-Gruppe um Heinrich Prinz Reuß beginnt in Frankfurt/ Main ein zweiter Prozess.

27. Mai  
Verurteilung des Bundeswehroffiziers Thomas H. vor dem OLG Düsseldorf wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit.

- Waldbesetzungen bleiben Teil des extremistischen Aktionsspektrums, wie die Besetzungen im Gremberger Wäldchen und im Manheimer Erbwald „Sündenwäldchen“ im Rheinischen Braunkohlerevier; jedoch ohne eine vergleichbare Dynamik wie bei den Besetzungen um den Erhalt des Hambacher Forstes oder des Weilers Lützerath.

## Auslandsbezogener Extremismus

- Verbot und Auflösung des Vereins „**Palästina Solidarität Duisburg**“ im Mai 2024
- Mit dem Anschlag auf das türkische Luft- und Raumfahrtunternehmen TUSAŞ im Oktober 2024 in der Türkei zeigt die **PKK**, dass sie zumindest außerhalb Europas unverändert gewaltsame terroristische Aktivitäten zur Erreichung ihrer Ziele entfaltet.

Ende Mai 2024

Ein Video wird öffentlich bekannt, in dem junge Erwachsene zum Lied „L'amour toujours“ den fremdenfeindlichen Slogan „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus“ skandieren.

31. Mai

Islamistisch motivierter Messerangriff von Mannheim, bei dem ein Polizist ums Leben kommt.

12. Juni

Vereinsverbot des salafistischen Vereins „Deutschsprachige Muslimische Gemeinschaft e. V. (DMG) in Braunschweig

2024 ►►

— 01 — 02 — 03 — 04 — 05 — 06 — 07 — 08 — 09 — 10 — 11 — 12 — ►



- Das Oberlandesgericht Düsseldorf verurteilt im November 2024 drei hochrangige Funktionäre der **DHKP-C** wegen der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung im Ausland.

## Islamismus

- Die Gefahr islamistisch motivierter Anschläge ist weiterhin abstrakt hoch.
- Dass sich diese abstrakt hohe Gefahr jederzeit konkretisieren kann, zeigt der Anschlag in Solingen mit drei Toten und acht Verletzten. Hier mündet die seit Jahren von den Sicherheitsbehörden als abstrakt hoch beschriebene Gefährdungslage durch den islamistischen Terrorismus in den bisher schwersten islamistischen Terrorakt, den es in Nordrhein-Westfalen gegeben hat.

28-30. Juni  
Massive Proteste unter Teilnahme von linksextremistischen Personen gegen den 15. Bundesparteitag der AfD in Essen

03. Juli  
Die Polizei räumt Protestcamp von Waldbesetzern im Gremberger Wäldchen in Köln.

24. Juli  
Verbot des schiitisch-islamistischen Vereins Islamisches Zentrum Hamburg e. V. (IZH) durch das BMI.

2024 ►►

— 01 — 02 — 03 — 04 — 05 — 06 — 07 — 08 — 09 — 10 — 11 — 12 — ►

- ▶ Vor allem durch den sogenannten **Islami-schen Staat (IS)** selbst und seine regionalen Ableger, insbesondere durch den **Islami-schen Staat Provinz Khorasan (ISPK)** ist diese Gefahr virulent.

### Spionageabwehr und Wirtschaftsschutz

- ▶ 2024 erhöhen die internationalen Entwicklungen und damit einhergehenden Konflikte das Risiko für Spionage, Cyberangriffe und Sabotageakte auch in Deutschland und NRW weiter.

- ▶ Illegitime Einflussnahmeversuche, manipulierte Informationen und Propaganda nehmen zu - insbesondere im digitalen Raum.
- ▶ Die Aufklärungsinteressen und Aktivitäten fremder Mächte gestalten sich vielfältiger und sind tendenziell umfangreicher als in den Vorjahren.

23. August

Terroranschlag von Solingen mit drei Toten und acht Verletzten. Der „Islamische Staat“ reklamiert den Anschlag für sich.

25. November

Das OLG Düsseldorf verurteilt drei hochrangige Funktionäre der DHKP-C wegen der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung im Ausland.

2024 ▶▶

— 01 — 02 — 03 — 04 — 05 — 06 — 07 — 08 — 09 — 10 — 11 — 12 — ▶

- Der nordrhein-westfälische Wirtschaftsschutz richtet sich bei seinen Veranstaltungen, Vorträgen und Beratungen thematisch und mit Blick auf die Zielgruppen konsequent an den aktuellen Herausforderungen aus.

### **Präventionsarbeit und Aussteigerprogramme**

- Im Bereich der Primärprävention kann der Verfassungsschutz im Jahr 2024 die Zahl der Veranstaltungen deutlich steigern.

- Phänomenübergreifend werden die Klientinnen und Klienten der Aussteigerprogramme immer jünger. Für alle drei Programme gilt es, den Herausforderungen zunehmender Radikalisierung besonders junger Menschen im Netz zu begegnen.

8. Dezember

Nach über 13 Jahren Bürgerkrieg und über 50 Jahren Diktatur stürzen islamistische Kämpfer das autokratische syrische Regime und übernehmen die Macht in Damaskus.

28. Dezember

Türkische Parlamentsabgeordnete besuchen nach zehn Jahren den isolierten kurdischen Repräsentanten Abdullah Öcalan zu Friedensgesprächen.

2024 ►►

— 01 — 02 — 03 — 04 — 05 — 06 — 07 — 08 — 09 — 10 — 11 — 12 — ►

- Mit Wegweiser und dem API feiern im Jahr 2024 zwei inzwischen fest in NRW etablierte Präventionsprogramme ihr zehnjähriges Bestehen. Durch den Chat können Ratsuchende nun auch online Kontakt zu den Beratungsstellen suchen - anonym, vertraulich und kostenlos.

8. Dezember

Nach über 13 Jahren Bürgerkrieg und über 50 Jahren Diktatur stürzen islamistische Kämpfer das autokratische syrische Regime und übernehmen die Macht in Damaskus.

2024 ►►

— 01 — 02 — 03 — 04 — 05 — 06 — 07 — 08 — 09 — 10 — 11 — 12 — ►

# Extremismus in Zahlen

Rechtsextremismus	2023	2024
<b>Die Heimat (bis Mai 2023 NPDP), inklusive Junge Nationalisten</b>	400	400
<b>Die Rechte</b>	50	50
<b>Der III. Weg</b>	40	40
Sonstiges rechtsextremistisches Personenpotenzial in Parteien ( <i>völkisch-nationalistischer Personenzusammenschluss innerhalb der Alternative für Deutschland (AfD), ehemals „Flügel“</i> )	950	1100
<i>Junge Alternative</i>	200	200
In parteiunabhängigen bzw. parteiungebundenen Strukturen, insbesondere neonazistischen Kameradschaften und Mischszene	1.250	1.150
Unstrukturiertes rechtsextremistisches Personenpotenzial, insbesondere die Skinhead-Szene	1.150	1.355
abzüglich Doppelzurechnungen*	-295	-285
<b>Gesamt</b>	<b>3.745</b>	<b>4.010</b>
davon gewaltorientierte Rechtsextremisten	1.800	1.840
<b>Reichsbürger und Selbstverwalter</b>	3.400	3.700
<b>Demokratiefeindliche und/oder sicherheitsgefährdende Delegitimierung des Staates</b>	300	250

\* Einzelne Personen können gleichzeitig zwei Organisationen oder Gruppierungen zugerechnet werden.

Linksextremismus	2023	2024
Gewaltorientierte Linksextremisten einschl. <b>Autonome</b> und Anarchisten und Kommunistische Kleingruppen*	1.413	1.465
<b>DKP</b>	800	800
<b>MLPD</b>	750	750
<b>Gesamt</b>	<b>2.963</b>	<b>3.015</b>

\*Kommunistische Kleingruppen sind erstmalig ausgewiesen.

Auslandsbezogener Extremismus	2023	2024
<b>ADÜTDF</b>	2.000	2.000
<b>ATIB</b>	600	600
<b>ANF</b>	300	300
<b>Freie Szene der Ülkücü-Bewegung</b>	800	800
<b>DHKP-C</b>	200	200
<b>KONGRA-GEL bzw. PKK</b>	2.200	2.200
<b>PSDU</b>	-	15
<b>Samidoun*</b>	5	-
<b>Gesamt</b>	<b>6.105</b>	<b>6.115</b>

\*Samidoun wurde am 2. November 2023 durch das Bundesinnenministerium verboten und aufgelöst. Nach dem Verbot konnten im Berichtszeitraum keine relevanten Aktivitäten der Organisation in NRW festgestellt werden.

Islamismus	2023	2024
<b>Extremistischer Salafismus</b>	2.700	2.700
davon politisch	2.100	2.100
davon gewaltorientiert	600	600
<b>HAMAS</b>	175	230
<b>Hizb Allah</b>	400	400
<b>Hizb ut-Tahrir</b>	130	150
<b>Muslimbruderschaft (2023 inklusive HAMAS)</b>	320	150
<b>Furkan-Gemeinschaft</b>	70	70
abzüglich Doppelzurechnungen*	-175	-
Sonstige	380	310
<b>Gesamt</b>	<b>4.000</b>	<b>4.010</b>

\*Das Personenpotenzial der HAMAS wurde bis zum Jahr 2023 bei dem der Muslimbruderschaft inkludiert. Für das Jahr 2024 erfolgte eine differenzierte Darstellung.

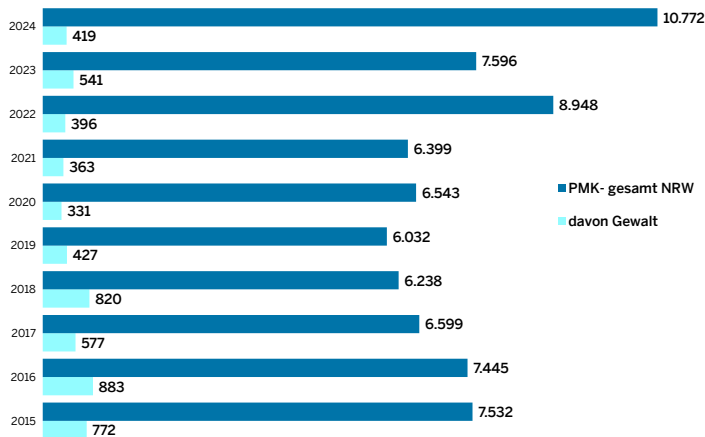
	PMK- rechts		PMK- links	
Deliktgruppen	2024	2023	2024	2023
Tötungsdelikte	0	0	0	0
Brand- und Sprengstoffdelikte	1	2	6	19
Landfriedensbruchdelikte	1	0	6	14
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Schiffs-, Luft-, und Straßenverkehr	3	1	2	24
Körperverletzungsdelikte	145	108	43	145
Widerstandshandlungen	2	3	27	72
Raub, Erpressung, Freiheitsberaubung	2	2	2	0
Sexualdelikte	0	0	0	0
<b>Zwischensumme Gewaltdelikte</b>	<b>154</b>	<b>116</b>	<b>86</b>	<b>274</b>
Bedrohungen, Nötigungen	83	77	33	66
Sachbeschädigungen	302	104	488	407
Propagandadelikte	3.511	2.137	24	13
Volksverhetzungen	893	603	14	10
Störungen des öffentlichen Friedens	13	50	5	2
Beleidigungen	584	413	219	135
Verstöße gegen das VereinsG	0	0	1	0
Verstöße gegen das VersG	13	4	201	95
Sonstige Straftaten	88	45	115	95
<b>Gesamt</b>	<b>5.641</b>	<b>3.549</b>	<b>1.187</b>	<b>1.097</b>

Straf- und Gewalttaten der PMK- Phänomenbereiche nach Deliktgruppen

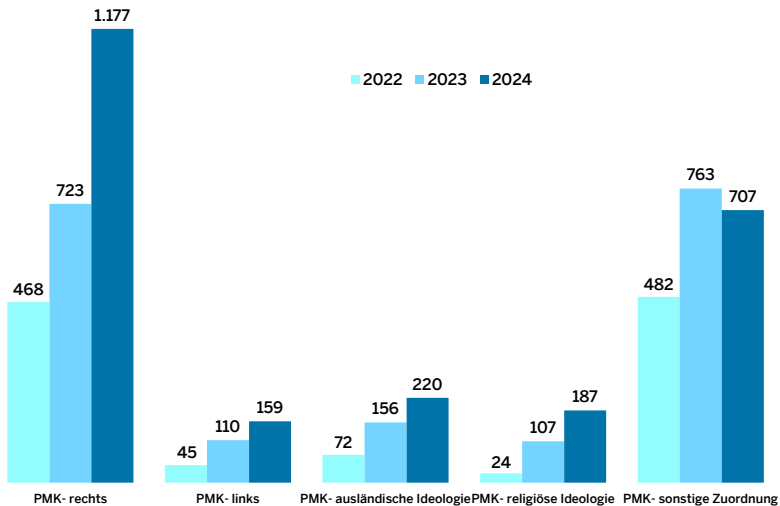


PMK- ausländische Ideologie		PMK- religiöse Ideologie		PMK- sonstige Zuordnung	
2024	2023	2024	2023	2024	2023
0	0	1	2	0	1
1	3	0	0	6	5
0	1	0	0	0	12
1	0	0	0	9	9
73	45	11	8	55	38
10	3	0	1	5	11
4	6	1	4	2	2
0	0	0	0	0	0
<b>89</b>	<b>58</b>	<b>13</b>	<b>15</b>	<b>77</b>	<b>78</b>
51	37	29	12	71	49
303	217	26	61	719	234
102	63	97	11	592	384
209	155	49	95	259	185
11	10	38	41	21	27
127	60	10	12	541	595
39	21	2	2	0	0
31	22	2	2	48	139
131	186	60	54	197	125
<b>1093</b>	<b>829</b>	<b>326</b>	<b>305</b>	<b>2.525</b>	<b>1.816</b>

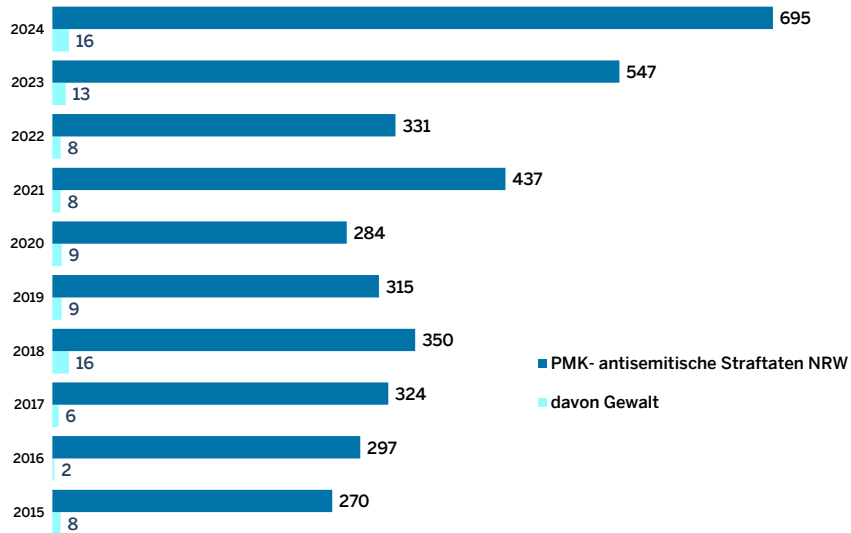
# Entwicklung der Politisch motivierten Kriminalität (PMK)



Gesamtentwicklung der politisch motivierten Kriminalität im 10-Jahres-Vergleich



Tatmittel Internet im 3-Jahres-Vergleich



Antisemitische Straf- und Gewalttaten im 10-Jahres-Vergleich

# Die Gefährdungslage durch den islamistischen Terrorismus

Für die Verbreitung extremistischer Inhalte und der damit einhergehenden Radikalisierung von Jugendlichen spielen aktuell vor allem Instagram und die Videoplattform TikTok eine herausragende Rolle.

Vor allem TikTok bietet neue Methoden für die Verbreitung extremistischer Inhalte, die auch von islamistischen Akteuren genutzt werden. Prediger wie Ibrahim El-Azzazi geben offen zu, dass sie – auch mit Unterstützung weiterer Personen – diese Netzwerke geschickt für ihre Zwecke zu nutzen wissen.

Über TikTok erreichen die Extremisten eine sehr junge Zielgruppe. Schätzungen gehen davon

aus, dass 60 Prozent der Nutzerinnen und Nutzer zwischen 16 und 24 Jahre alt sind, bei Instagram ist die Hauptzielgruppe zwischen 25 und 34 Jahre alt. Beliebt ist TikTok bei den Extremisten vor allem wegen der Algorithmen, die im Vergleich zu anderen Diensten wesentlich präziser sind. Nach dem Öffnen der App gelangt man auf die „For You Page“ (FYP). Dort werden Videos mit musikalischer Untermalung gezeigt, im islamistischen Kontext sind es Nashids; instrumental unterlegte Musik ist innerhalb der Szene verpönt, daher bedient man sich dieser Form der religiösen Sprechgesänge. Der TikTok-Algorithmus beobachtet sofort und mit großer Genauigkeit das Nutzungsverhalten. Wenn bestimmte Videos länger angeschaut werden als andere,

werden zukünftig ähnliche Beiträge vorgeschlagen. So finden sich islamistische Inhalte, meist in Form belehrender Videos oder der Vermittlung von Rechtsgutachten, innerhalb kürzester Zeit im persönlich konfigurierten Feed, auch wenn der Nutzer sich ursprünglich nur mit Fragen zum Thema Islam beschäftigen wollte.

Auf diese Weise können die Produzenten extremistisch-salafistischer Inhalte ihre Botschaften einem weiten Adressatenkreis zukommen lassen. Herkömmliche Beiträge zum Islam ohne Extremismusbezug vermischen sich schnell mit islamistischen und extremistisch-salafistischen Inhalten. Die Plattform zeigt sich als wesentliches Hilfsmittel im Hinblick auf die umfangreichen Da'wa-Aktivitäten der **extremistisch-salafistischen Szene**. Sie kann als Türöffner für einen fortschreitenden

Radikalisierungsprozess und einen Eintritt in die jihadistische Szene dienen.

Der **IS** und der **ISPK** verbreiten ihre Propaganda mit hoher Professionalität. Das offizielle Medium des **ISPK** ist das paschtu- und englischsprachige Online-Magazin „Voice of Khorasan“, das auch über Ziele und Zielgebiete der Terrororganisation berichtet. Sichtbar wurde dies beispielsweise vor und während der Fußball-Europameisterschaft 2024.

Der daraus resultierenden erhöhten Gefahr eines Anschlags während der Europameisterschaft begegneten die Sicherheitsbehörden durch Bündelung ihrer Kräfte in Sonderstrukturen, um die bekannten **IS**-affinen Personen und Gruppen besonders im Blick zu behalten. Der Verfassungsschutz NRW hatte zur Bewältigung

dieser Gefahrenlage ebenfalls eine umfangreiche Sonderorganisation eingerichtet.

# Antisemitismus

Antisemitismus ist bis in die Mitte der Gesellschaft verbreitet und bietet Extremisten Anschlusspotentiale für ihre Themen, auch bei jungen Menschen. Nicht zuletzt durch die Instrumentalisierung der Terroranschläge gegen den Staat Israel vom 7. Oktober 2023 stieg die Zahl der antisemitisch motivierten Straftaten in Nordrhein-Westfalen. Jüdinnen und Juden fühlen sich in ihrem Alltag bedroht; jüdische Studierende fühlen sich auf dem Hochschulcampus unsicher. Jüdische Einrichtungen wie Synagogen, Schulen und Gedenkstätten müssen auch 80 Jahre nach der Befreiung immer noch stärker geschützt werden.

Insgesamt wurden im Berichtsjahr 695 antisemitische Straftaten dokumentiert. Damit bleibt das Bedrohungspotenzial gegen Jüdinnen und Juden in unserer Gesellschaft auf einem weiterhin hohen Niveau.

## **Verbreitung in allen Extremismusbereichen**

Antisemitismus tritt in verschiedenen Erscheinungs- und Kommunikationsformen und sämtlichen Phänomenbereichen auf. Manche extremistische Strömung trägt den Hass gegen Jüdinnen und Juden oder den Staat Israel offen in die Welt hinaus. Häufig wird dieser durch Codes oder Chiffren nur suggeriert, um strafrechtlichen Sanktionen zu entgehen. Das Judentum und der Staat Israel sind ein gemeinsames



Feindbild der extremistischen Szenen, weshalb Antisemitismus als Brückenphänomen bezeichnet werden kann. Dieser schlägt gewissermaßen eine Brücke zwischen demokratiefeindlichen Extremisten unterschiedlicher Couleur und von latent demokratiefeindlichen Einstellungen hinein in den Extremismus.

Vor allem im Internet werden antisemitische Inhalte verbreitet und teils ungefiltert konsumiert. Die sozialen Medien werden zur Echokammer für Hass und Hetze. Viele nutzen in Chats diskutierte Inhalte häufig als einzige Informationsquelle, sodass antisemitische Inhalte und Verschwörungsmymen unreflektiert ihren Weg in die Mitte der Gesellschaft finden.

## **Studie zum Antisemitismus in Nordrhein-Westfalen**

Aufschluss über die Verbreitung antisemitischer Einstellungen in NRW liefern die Ergebnisse der Studie „Antisemitismus in der Gesamtgesellschaft von Nordrhein-Westfalen im Jahr 2024“ (Dunkelfeldstudie), die im September 2024 in der Staatskanzlei in Düsseldorf vorgestellt wurde. Diese Studie wurde im Auftrag der Antisemitismusbeauftragten des Landes Nordrhein-Westfalen und des nordrhein-westfälischen Innenministeriums von der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf und der Universität Passau durchgeführt. Ein Ergebnis ist, dass insbesondere junge Menschen zwischen 16 und 18 Jahren israelfeindliche Ressentiments hegen. So weisen je nach Erscheinungs- und Kommunikationsform acht bis 24 Prozent der Befragten gefestigte antisemitische Einstellungen auf. Bei einem Anteil von 14 Prozent der Teilnehmerinnen

und Teilnehmer wurden fest verankerte israel-bezogene antisemitische Einstellungen deutlich. Neben Ergebnissen zur Verbreitung von antisemitischen Einstellungen innerhalb der Gesellschaft liefert die Studie auch Handlungsempfehlungen zur Bekämpfung von Antisemitismus. Den Autoren zufolge müssen Normen gegen Antisemitismus gestärkt werden, indem ein neuer Umgang mit dem grassierenden, teils Gewalt verherrlichenden Antisemitismus und den Desinformationen auf sozialen Medien gefunden wird. Zudem gelte es, Bildungsangebote für Jugendliche zu stärken und Kompetenzen von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren durch institutionelle Maßnahmen zu verbessern, insbesondere zu den Themen Antisemitismus und Israel. Der Einfluss autoritärer Staaten und Verbände auf demokratische Bildung, Institutionen und Öffentlichkeit müsse zudem stärker eingeschränkt werden.

Im Folgenden werden die Erscheinungsformen des Antisemitismus im Kontext extremistischer Bestrebungen dargestellt. Ein besonderer Schwerpunkt liegt hierbei auf den Folgen der Terroranschläge gegen den Staat Israel vom 7. Oktober 2023 und des Nahost-Konflikts sowie den damit verbundenen Herausforderungen in den jeweiligen Phänomenbereichen.



# Rechtsextremismus



2024 gab es in der Öffentlichkeit breite Diskussionen über Rechtsextremismus. Ein wichtiger Auslöser war ein Medienbericht im Januar 2024 über eine Konferenz in Potsdam, die bereits im November 2023 stattgefunden hatte. Diese wurde als Veranstaltung des „Düsseldorfer Forums“ firmiert, einer Veranstaltungsreihe, die von einem ehemals in Düsseldorf lebenden Rechtsextremisten organisiert wird. Auf der Veranstaltung stellte der Rechtsextremist Martin

Sellner laut Medien einen sogenannten „Masterplan“ zur „Remigration“ vor. Unter diesem Begriff wirbt die Identitäre Bewegung seit 2015 für die fremdenfeindliche Forderung „Ausländer raus“. Nachdem über die mutmaßlich rechtsextremistische Agenda der Konferenz öffentlich berichtet wurde, gab es zahlreiche Versammlungen in Nordrhein-Westfalen, die gegen Rechtsextremismus protestierten. Die rechtsextremistische Szene wiederum griff in der Folge den Begriff

„Remigration“ offensiv auf und stellte ihn als ihr Kernanliegen heraus.

Im Mai 2024 wurde ein Video öffentlich bekannt, in dem junge Erwachsene in einer Bar auf Sylt zum Lied „L'amour toujours“ den fremdenfeindlichen Slogan „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus“ skandieren. Dies wurde vielfach kopiert und eine Vielzahl ähnlicher Videos in den sozialen Medien verbreitet. Dies zeigt, dass die rechtsextremistische Szene ihr Ziel, vor allem fremdenfeindliche Positionen im politischen Diskurs zu „normalisieren“ und somit anschlussfähig für breitere Teile der Gesellschaft zu werden, zumindest in Teilen erreicht.

### Strukturwandel

In den vergangenen beiden Jahren fand ein rascher Wandel der für den Rechtsextremismus bedeutsamen Strukturen in

Nordrhein-Westfalen statt. Die Partei **Die Rechte** bildete seit 2012 eine Auffangstruktur für die neonazistische Szene. 2023 allerdings löste sich der Landesverband auf und ein relevanter Teil wechselte Anfang 2023 zur **NPD**. Die zuletzt verbliebenen Kreisverbände in Duisburg und Gelsenkirchen stellten ihre Aktivitäten 2024 ein. Die **NPD** wiederum benannte sich Mitte 2023 in **Die Heimat** um und will nun nicht mehr eine klassische Partei sein, sondern Netzwerker in der rechtsextremistischen Szene. Dementsprechend wurde in Dortmund im Frühjahr 2024 die Nachwuchsorganisation **Heimatsjugend Dortmund** gegründet, die sich an neonazistisch orientierte Jugendliche und jungen Erwachsene richtet. **Aufbruch Leverkusen** hat zwar weiterhin einen langjährigen Rechtsextremisten als Führungsperson, spielt aber außerhalb Leverkusens keine Rolle mehr. Die **rechtsextremistische Mischszene** befindet sich weitgehend im

Stand-By-Modus. Das heißt, es gibt keine kontinuierlichen Aktivitäten mehr. Allerdings beteiligten sich nach dem mutmaßlich islamistisch motivierten Anschlag in Solingen unter anderem Anhänger der **Steeler Jungs** an einer rechtsextremistischen Versammlung in Solingen.

Zunehmend wird die rechtsextremistische Szene in Nordrhein-Westfalen von relativ neuen Gruppierungen geprägt. Mit der **Aktion Hermannsland**, der **Rheinlandbande** und **Inferno Aachen** sind seit 2023 beziehungsweise 2024 neonazistische Gruppierungen mit engen Verbindungen zur Nachwuchsorganisation von **Die Heimat**, **Junge Nationalisten (JN)**, aufgetreten. Mit den **Active Clubs** gibt es ein weiteres neues Angebot für neonazistisch orientierte Rechtsextremisten. Ferner haben sich 2024 mehrere neonazistische Gruppierungen zunächst virtuell gebildet und sind beispielsweise bei Störaktionen

gegen Christopher Street Day-Veranstaltungen auch realweltlich in Erscheinung getreten. Sie heißen **Jung & Stark**, **Deutsche Jugend voran** oder **Der Störtrupp**. Es bleibt abzuwarten, ob sich hier dauerhafte, handlungsfähige Strukturen bilden.

In der rechtsextremistischen Strömung der Neuen Rechten ist die **JA NRW** zum wichtigsten Akteur in Nordrhein-Westfalen aufgestiegen und bietet anderen rechtsextremistischen Akteuren ein Forum beziehungsweise kooperiert mit diesen, wie beispielsweise der Frauengruppierung **Lukreta**. Die **Identitäre Bewegung** dagegen hat deutlich an Bedeutung verloren. Deren regionale Nachfolgegruppierung **Revolte Rheinland** hat Ende 2024 sogar ihre Selbstauflösung bekannt gegeben.

## Verjüngung

Prägende Personen des Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen sind in den vergangenen Jahren verstorben, andere sind in ostdeutsche Bundesländer verzogen. Dies hat zwar zu einem Rückgang an Szenevorbildern und -organisationen geführt, allerdings nicht zu einem Mangel an Nachwuchs. Es ist auffällig, dass in den vergangenen Jahren zunehmend Jugendliche und junge Erwachsene sich rechtsextremistischen Gruppierungen anschließen. Das betrifft sowohl die Neonaziszene als auch die Neue Rechte.

## Virtualisierung

Der Zuwachs an Nachwuchs ist auch dem Internet geschuldet. Die virtuellen Möglichkeiten des Internets führen zu neuen hybriden Organisationsformen mit niedrigen Zugangsschwellen. Rechtsextremisten nutzen KI, um ihre Propaganda zu verbessern. Ein zunehmendes

Sicherheitsproblem stellt die Radikalisierung von Jugendlichen dar, die täglich in geschlossenen Foren und Gruppen interagieren und in denen die Teilnehmer sich in ihrem Hass auf rechtsextremistische Feindbilder anstacheln und Gewalt befürworten.

## Gewalt

Die Bandbreite der Tätertypen hat sich vergrößert. Schwere Straftaten lassen sich immer weniger einem bestimmten rechtsextremistischen Akteur oder einer Szene zuordnen. Ein Teil der identifizierten Tatverdächtigen ist zuvor kaum oder überhaupt nicht durch rechtsextremistische Aktivitäten aufgefallen. Das Zusammenwirken von Rechtsextremisten, **Reichsbürgern** und **Delegitimierern** in terroristischen Gruppierungen zeigt, dass sich Teile der verschiedenen extremistischen Szenen gleichsam im Widerstand

sehen und deshalb schwere Gewalttaten als notwendig und gerechtfertigt erachten.

### **Reichsbürger und Selbstverwalter**

**Reichsbürger und Selbstverwalter** leugnen die Existenz der Bundesrepublik Deutschland und versuchen, die Handlungsfähigkeit des Staates zu beeinträchtigen. Im Zuge der Corona-Pandemie konnte die Szene auch verstärkt Frauen und junge Erwachsene hinzugewinnen. Von einzelnen **Reichsbürgern** geht ein erhebliches Gefahrenpotenzial aus. Dies umfasst auch die Bildung terroristischer Vereinigungen.

# Demokratiefeindliche und/oder sicherheitsgefährdende Delegitimierung des Staates

Der Phänomenbereich Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates hat sich 2024 weiter gewandelt. Nachdem das ursprüngliche Protestthema, Ablehnung der Schutzmaßnahmen gegen die Corona-Pandemie, bedeutungslos wurde, suchte die deutlich geschrumpfte Delegitimierer-Szene nach neuen Themen mit Mobilisierungseffekten. Weite Teile der Szene verbreiten inzwischen rechtsextremistische Narrative zur Migrationsdebatte und schüren Ängste vor Menschen mit Migrationsbiografie. Insbesondere greift die Szene die Forderung nach einer millionenfachen „Remigration“ auf.

Zudem nähert sich ein Teil der übrig gebliebenen Delegitimierer-Szene in den letzten Monaten vermehrt rechtsextremistischen Gruppierungen an.



# Linksextremismus



## Themenfelder

Das Jahr 2024 war für das **linksautonome Spektrum** geprägt von Themenfeldern, die neben klaren Konsenspositionen auch das heterogene Meinungsspektrum der Szene illustrierten. Ein Beispiel für ein von breitem szeneninternem Konsens getragenes Themenfeld ist der Antifaschismus. So waren im Jahr 2024 die Proteste gegen die AfD für die **Linksautonomen** ein wesentliches Mobilisierungs- und Aktionsthema.

An zahlreichen Großversammlungen und an den Protesten gegen den 15. Bundesparteitag der AfD in Essen nahm eine Vielzahl **linksautonomer Akteure** teil.

In den Themenfeldern Antirepression und Ökologie beteiligten sich Angehörige der Szene an anlassbezogenen Aktionen: In Dortmund fanden Proteste gegen staatliche Repression im Kontext der Urteilsverkündung gegen Polizeibeamte

statt, die an einem Einsatz mit Todesfolge beteiligt waren. Im Südosten Kölns wurde ein – zwischenzeitlich geräumtes – rodungsbedrohtes Waldstück besetzt.

Zu verschiedenen Themen gingen die Positionen innerhalb der Szene aber auch auseinander. Nach wie vor bewegten die Geschehnisse um das Outing eines (ehemaligen) Angehörigen der **Interventionistischen Linken (IL)** infolge eines mutmaßlichen Aktes sexualisierter Gewalt die **IL** bundesweit. Austritte von Einzelakteuren und ganzen Gruppen aus der **IL** im Jahresverlauf verdeutlichen die Bedeutung des Sachverhaltes.

Meinungsverschiedenheiten existieren weiterhin auch hinsichtlich der Geschehnisse und deren Einordnung im Nahost-Konflikt.

Zwischen den Polen „Israelsolidarität“ und „Palästinasolidarität“ herrschen auch innerhalb des **autonomen Spektrums** unterschiedliche, teils diametral gegensätzliche Auffassungen darüber, welche Konfliktpartei als Aggressor zu bewerten ist.

### **Kommunistische Kleingruppen: Renaissance der Ideologie**

Bereits im letztjährigen Verfassungsschutzbericht des Landes NRW befasste sich das Fokus-thema mit dem Phänomen der ideologiegeprägten Kleingruppen. Aufgrund der Verstetigung dieser Entwicklung wurde diesen Akteuren nunmehr unter dem Titel „Kommunistische Kleingruppen“ bis auf Weiteres ein fester Beobachtungs- und Berichtsbereich eingeräumt.

War ein Ausgangspunkt für die Herausbildung einer „**Autonomen Szene**“ in den 1980er-Jahren noch die Forderung nach einer ideologiefreien „Politik der ersten Person“, näherten sich Linksextremisten etwa zu Beginn der 2000er-Jahre wieder an ideologische und „nachhaltigere“ Organisationsformen an. Zahlreiche Akteure, die in der Vergangenheit eher im **autonomen Spektrum** aktiv waren, schlossen sich in Organisationen zusammen, die stärker ideologisch geprägt, anders als streng dogmatische Zusammenschlüsse aus dem parlamentsorientierten Spektrum aber stärker aktionsorientiert sind. Das Kapitel „Kommunistische Kleingruppen“ beschreibt die diesbezüglichen Entwicklungen in NRW.

### **Linksextremismus im Parteienumfeld: Akteure an der Relevanzschwelle**

Während die erwähnten kommunistischen Kleingruppen im Berichtszeitraum an Relevanz zunahmen, verblieben die **Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)** und die **Deutsche Kommunistische Partei (DKP)** als selbst im linken Spektrum marginalisierte Akteure an der Relevanzschwelle. Mit dem temporären Bedeutungsverlust der Partei „Die Linke“ verloren auch die extremistischen Strömungen innerhalb der Partei weiter an Bedeutung. Ähnlich erging es dem Jugendverband der Partei **Linksjugend [´solid]**.

# Auslandsbezogener Extremismus



Im nicht islamistischen auslandsbezogenen Extremismus werden Organisationen beobachtet, bei denen sich sowohl Ideologieelemente aus dem Rechts- als auch aus dem Linksextremismus finden lassen. Ein deutlicher Schwerpunkt liegt bei Beobachtungsobjekten mit Bezügen zur Türkei. Im Linksextremismus sind dies die **Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)** und die **Revolutionäre Volksbefreiungspartei/-Front (DHKP-C)**. Im rechtsextremistischen Spektrum

umfasst dies die **Ülkücü**-Bewegung, deren Anhänger auch als **Graue Wölfe** bezeichnet werden. Neben den drei Dachverbänden Föderation der **Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V. (ADÜTDF)**, **Union der Türkisch Islamischen Kulturvereine in Europa e.V. (ATIB)** und der **Föderation der Weltordnung in Europa (ANF)** gehört hierzu auch die sogenannte freie Szene der **Ülkücü**-Bewegung. Daneben rückten nach den Terroranschlägen

der **HAMAS** gegen den Staat Israel am 7. Oktober 2023 und den darauffolgenden militärischen Auseinandersetzungen die Aktivitäten des Vereins „**Palästina Solidarität Duisburg**“ in den Fokus des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes.

### **Terroristische Aktivitäten der PKK**

Nach wie vor ist die **PKK** in Europa darum bemüht, nach außen als legalistische Organisation zu erscheinen und dadurch ihre Streichung von der Europäischen Liste der Terrororganisationen (sogenannten EU-Terrorliste) zu erreichen. Aus strategischen Erwägungen verzichtet die **PKK** daher auch in Deutschland grundsätzlich auf die Anwendung von Gewalt. Mit dem Anschlag auf das türkische Luft- und Raumfahrtunternehmen TUSA im Oktober 2024, bei dem mindestens fünf Menschen getötet und zweiundzwanzig verletzt wurden, hat die **PKK** jedoch erneut

bewiesen, dass sie zumindest außerhalb Europas unverändert gewaltsame terroristische Aktivitäten zur Erreichung ihrer Ziele entfaltet.

### **Urteil im Verfahren gegen Funktionäre der DHKP-C**

Im November 2024 wurden in einem vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf geführten Strafprozess die Urteile gegen drei hochrangige Funktionäre der **DHKP-C** gesprochen. Die Angeklagten wurden wegen der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung im Ausland zu Freiheitsstrafen zwischen drei Jahren und drei Monaten sowie fünf Jahren verurteilt. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Staatliche Exekutivmaßnahmen und die Situation von in Haft befindlichen Mitgliedern der Organisation standen auch im Jahr 2024 im Fokus öffentlicher Aktivitäten der Anhänger der

**DHKP-C.** Wie bereits in den vergangenen Jahren führten Aktivisten und Sympathisanten aus dem Umfeld der **DHKP-C** in verschiedenen Städten im Bundesgebiet, auch in Nordrhein-Westfalen, entsprechende Solidaritätskundgebungen durch.

### **Aktivitäten der Grauen Wölfe (Ülkücü-Bewegung)**

In Deutschland manifestiert sich der türkische Rechtsextremismus in drei Dachverbänden sowie einer verbandsunabhängigen **freien Szene der Ülkücü-Bewegung**.

Zentrales Merkmal der Bewegung ist die Idealisierung der eigenen türkischen Identität bei gleichzeitiger Herabwürdigung anderer Volksgruppen und politischer Gegner. Ziel ist die Vereinigung aller Turkvölker in einem Staat „Turan“. Damit geht eine deutliche Überhöhung der

türkischen Ethnie sowie eine Herabwürdigung anderer Ethnien durch das Pflegen von Feindbildern einher.

Während die Dachverbände der **Ülkücü- Bewegung** in der Außendarstellung um ein gemäßigtes Auftreten bemüht sind, propagieren die Anhänger **der freien Szene** ihre extremistische Ideologie im digitalen Raum sehr offen.

### **Verbot von Palästina Solidarität Duisburg**

Nach den Terroranschlägen der **HAMAS** gegen den Staat Israel und den darauffolgenden militärischen Auseinandersetzungen konnten auch vermehrte extremistische Aktivitäten aus dem propalästinensischen nicht-islamistischen Spektrum wahrgenommen werden. So hatte etwa der bereits im Mai 2023 gegründete Verein **Palästina Solidarität Duisburg** seine Aktivitäten nach dem terroristischen Angriff der **HAMAS** deutlich

intensiviert. Dabei wurden seitens des Vereins antisemitische Narrative verwendet, Sympathien für den bewaffneten Widerstand geäußert und das Existenzrecht des Staates Israel negiert.

Am 16. Mai 2024 wurde der Verein **Palästina Solidarität Duisburg** durch das Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen verboten und aufgelöst, da sich dieser gegen die verfassungsmäßige Ordnung sowie den Gedanken der Völkerverständigung richtete.

# Islamismus



Jihadistische Akteure stellen nach wie vor eine abstrakt hohe Gefährdung für die Bundesrepublik dar. Im Berichtszeitraum konnten vor allem zwei Entwicklungen festgestellt werden, die die Sicherheitsbehörden besonders beschäftigten. Dies waren einerseits einzelne Akteure oder Kleingruppen, die sich meist erst kurze Zeit im Bundesgebiet aufhalten und häufig relativ einfach Kontakt zu terroristischen Strukturen in ihrem Herkunftsland aufbauen können.

Bei diesen Strukturen handelt es sich um die des **Islamischen Staats (IS)** in Syrien und Irak oder des **Islamischen Staats Provinz Khorasan (ISPK)**.

Demgegenüber stand eine andere Gruppe von häufig sehr jungen, überwiegend in Deutschland sozialisierten Personen, die sich vorwiegend im Internet radikalisierten und infolgedessen selbst Anschlagsfantasien oder Ausreisewünsche



entwickeln. Sie sind teilweise so jung, dass sie die rechtlichen Grenzen der nachrichtendienstlichen Bearbeitung unterschreiten. Ihre Radikalisierung ist üblicherweise nur zum Teil auf den Konsum von Inhalten salafistischer Prediger zurückzuführen, sondern erfolgte überwiegend auf schwerer zugänglichen Kommunikationskanälen wie geschlossenen Chat-Gruppen. Besonders kritisch ist es, wenn derart radikalisierte Jugendliche direkte Online-Kontakte zu tatsächlichen **IS**-Mitgliedern aufbauen können, die sie in einem möglichen Anschlagsvorhaben bestärken und anleiten. Beide Gruppen, sowohl die eingereisten, als auch die hier radikalisierten Jihadisten, stellen die Sicherheitsbehörden jeweils vor spezifische Herausforderungen.

### Entwicklung salafistischer Da'wa-Aktivitäten

Bundesweit hielt der Druck durch behördliche Maßnahmen auf die islamistische Szene an. Einen schweren Rückschlag für die Szene stellte das Verbot der **Deutschsprachigen Muslimischen Gemeinschaft (DMG)** Braunschweig durch das niedersächsische Innenministerium im Juni 2024 dar. Der Verein hatte über Jahre hinweg als zentrale Plattform der Szene fungiert, der beinahe allen überregional aktiven salafistischen Predigern eine Bühne bot und ihnen die Verbreitung ihrer Botschaften ermöglichte.

Im Berichtszeitraum waren darüber hinaus mehrere maßgebliche Akteure der extremistisch-salafistischen Szene Gegenstand strafrechtlicher oder aufenthaltsrechtlicher Verfahren. Einige prominente Prediger der Szene haben sich zwischenzeitlich ins Ausland begeben. Von dort versuchen sie aber weiterhin, sich über die ihnen

zur Verfügung stehenden Online-Kanäle an ihr Publikum zu wenden, um insbesondere auch finanzielle Unterstützung zu generieren.

Im Verlauf des Jahres 2024 entdeckte die salafistische Szene zunehmend Pilgerfahrten als Mittel der Vernetzung und Einkommensgenerierung. Beinahe alle salafistischen Prediger bieten entsprechende Programme, um mit ihnen nach Mekka zu reisen. Außerhalb der Reichweite der Sicherheitsbehörden können sich Akteure aus dem Bundesgebiet dort ungestört untereinander austauschen, aber auch den Kontakt zu Salafisten aus anderen Ländern suchen.

### Entwicklungen im Nahen Osten und islamistische Reaktionen

Der Nahost-Konflikt dominierte immer wieder die mediale Berichterstattung und trug zu einer starken Emotionalisierung der Öffentlichkeit

bei. Dies traf auch auf die islamistische Szene zu. Hier setzte sich der bereits im Vorjahr zu beobachtende Trend fort, wonach Einzelpersonen sehr stark auf die Ereignisse reagierten, während die meisten islamistischen Vereinigungen den Nahost-Konflikt nur sehr verhalten öffentlich thematisierten. Auch die hiesigen **HAMAS**-Anhänger waren nach dem Verbot der Organisation 2023 darum bemüht, keine öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen.

Der Sturz der repressiven Assad-Regierung, die Syrien über Jahrzehnte unterdrückt hatte und maßgeblich für die vielen Toten und die Zerstörungen im Syrischen Bürgerkrieg verantwortlich war, wurde von großen Teilen der syrischen Diaspora in Deutschland begeistert gefeiert. Auch die islamistische Szene begrüßte diese Entwicklung, hielt sich mit Sympathiebekundungen für die neuen Machthaber der jihadistischen

Organisation **Hai'at Tahrir asch-Scham (HTS)** aber weitgehend zurück. Lediglich sehr vereinzelt wurde die Hoffnung auf Etablierung einer islamischen Ordnung in Syrien geäußert. Der von der **HTS** nach der Machtübernahme bekundete Pragmatismus stieß hingegen unter hiesigen Islamisten teilweise auf Skepsis.

### Vereinsrechtliche Maßnahmen gegen schiitische Islamisten

Bereits im November 2023 waren das **Islamische Zentrum Hamburg (IZH)** und weitere ihm zugehörige Einrichtungen im Bundesgebiet im Rahmen vereinsrechtlicher Ermittlungen des Bundesministeriums des Innern von der Polizei durchsucht worden. Im Anschluss fand die Auswertung der sichergestellten Asservate statt, die schließlich den Verdacht gegen die Einrichtung erhärteten und Belege dafür lieferten, dass das **IZH** verfassungsfeindliche Ziele verfolgte.

Deshalb wurde das **IZH** mitsamt seinen bundesweiten Teilorganisationen am 24. Juli 2024 verboten. Dieses Ereignis war die konsequente Fortsetzung einer Reihe von Maßnahmen gegen schiitische Islamisten, die sich bisher vor allem gegen Strukturen der **Hizb Allah** richteten und jetzt mit dem Verbot des **IZH** das geistige Zentrum der Szene in Deutschland betrafen. Einhergehend mit den israelischen Operationen gegen die **Hizb Allah** im September 2024 und der Tötung des Generalsekretärs Hassan Nasrallah trugen sie erheblich zu einer Desillusionierung der Szene bei.

### Aktivitäten der Hizb ut-Tahrir

**Hizb ut-Tahrir**-nahe Gruppierungen im Bundesgebiet hielten fast über den gesamten Berichtszeitraum ihr hohes Level an realweltlichen Aktivitäten aufrecht. Dieser Trend schwächte sich erst gegen Ende des Jahres 2024 etwas ab. In

Nordrhein-Westfalen hingegen gab es keine Veranstaltung, die mit der Demonstration am 3. November 2023 in Essen vergleichbar wäre, auf der offen das Kalifat gefordert wurde. Allerdings setzte sich der Trend zur Vernetzung der **HuT**-Akteure fort. Es ist festzustellen, dass auch die Akteure aus Nordrhein-Westfalen zunehmend Kontakte zu den bundesweit aktiven Strukturen aufbauen.

Auch die Online-Aktivitäten der **HuT**-nahen Gruppierungen sind weiter angestiegen. Hier werden islamistische Botschaften mittlerweile deutlich offener kommuniziert, als dies in der Vergangenheit der Fall war. Dies gilt im besonderen Maße für das Thema Nahost-Konflikt, bei dem **HuT**-nahe Gruppierungen keine Hemmungen bezüglich ihrer pauschalen Ablehnung Israels und ihres Wunsches nach dem Einsatz „muslimischer Armeen“ äußern. Ebenso

ist feststellbar, dass die Forderung nach einem Kalifat immer deutlicher artikuliert wird. Dabei beruft man sich darauf, dass man dieses System lediglich in anderen Ländern, nicht aber in Deutschland einführen wolle, was am extremistischen Inhalt dieser Forderung aber nichts ändert.

# Spionageabwehr und Wirtschaftsschutz

Wirtschaftsschutz

Spionage, Sabotage, Datendiebstahl?  
Wir beraten kompetent und vertraulich.

Die Arbeit der Spionage- und Cyberabwehr sowie des Wirtschaftsschutzes richtet sich an der für Deutschland und Nordrhein-Westfalen bestehenden nachrichtendienstlichen Bedrohungslage aus. Diese ist durch die nochmalige Intensivierung und zunehmende Verschränkung diverser internationaler Konflikte als außerordentlich hoch zu bezeichnen.

Die demokratische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland, ihre politischen Institutionen und die Werte ihrer freiheitlichen Gesellschaft sind massiven Angriffen ausgesetzt und so gefährdet wie seit der Zeit des Kalten Krieges nicht mehr. Anders als damals gestalten sich diese Angriffe jedoch komplexer. Die Anzahl hinter ihnen stehender Staaten und staatlicher Akteure ist höher, das methodische Vorgehen vielfältiger. Ausländische Staaten bedienen sich nicht mehr nur

des Mittels der klassischen Spionage, sondern treten mit ihren Nachrichtendiensten und weiteren staatlichen und staatsnahen Strukturen als hybride Akteure auf. Neben Spionage werden staatsterroristische Mittel, massive illegitime Einflussnahme und Sabotage auch über den Cyberraum genutzt.

### **Russische Föderation**

Die größte Bedrohung geht nach wie vor von der Russischen Föderation aus. Der fortgesetzte völkerrechtswidrige Angriffskrieg gegen die Ukraine, die nachfolgende diplomatische Eskalation und die deutliche Positionierung Deutschlands an der Seite der Ukraine führen dazu, dass Russland Deutschland als feindlichen Akteur begreift. Im Berichtsjahr konnte vor diesem Hintergrund eine nochmalige Eskalation russischer hybrider Aktivitäten gegen Deutschland und in ganz Europa festgestellt werden. Neben allen

Aufklärungsvektoren klassischer Spionage und Cyberangriffen hat die von Russland ausgehende Sabotagegefahr deutlich zugenommen. Diverse Vorfälle im Berichtsjahr sind eindeutig russischen Nachrichtendiensten zuzurechnen, viele weitere Sachverhalte weisen zumindest auf eine russische Urhebererschaft hin. In der Folge ist es nicht nur zu Strafverfolgungsmaßnahmen in Deutschland und anderen europäischen Staaten gekommen, der Verfassungsschutzverband hat auch mehrfach im Berichtsjahr öffentlich konkrete Warnhinweise ausgesprochen. Besonders hoch ist die Sabotagegefahr im Bereich der Kritischen Infrastruktur (KRITIS) und gegen Strukturen und Maßnahmen zur militärischen Unterstützung der Ukraine. Wie weitreichend weiterhin zudem illegitime Einflussnahmeversuche Russlands gegen Europa und die NATO sind, indizieren nicht zuletzt die Wahlen in Rumänien. Dort erklärte Presseberichten zufolge das

rumänische Verfassungsgericht basierend auf Nachrichtendienstberichten am 6. Dezember 2024 die Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen wegen eines „aggressiven russischen hybriden Angriffs“ für ungültig.

### Auswirkungen der Situation im Nahen und Mittleren Osten

Neben dem Krieg in der Ukraine hat die Situation im Nahen und Mittleren Osten Auswirkungen auf die Sicherheitslage in Deutschland und Nordrhein-Westfalen. Der Israel-Palästina-Konflikt, der in Folge des terroristischen Angriffs auf den Staat Israel am 7. Oktober 2023 bereits deutlich eskaliert war und Militäreinsätze der israelischen Armee zunächst insbesondere im Gaza-Streifen nach sich zog, weitete sich im Laufe des Berichtsjahrs auch auf direkte militärische Auseinandersetzungen zwischen Israel und der libanesischen Hisbollah sowie Israel und Iran

aus. Höhepunkte dieser Eskalation waren unter anderem die Tötungen des **HAMAS**-Anführers Ismail Hanija in Teheran und des Hisbollah-Anführers Hassan Nasrallah sowie direkte iranische Raketen- und Drohnenangriffe auf Israel. Eine weitere Destabilisierung der Region könnte der Sturz des Assad-Regimes in Syrien im Dezember 2024 nach sich ziehen. Hier wird abzuwarten bleiben, wie sich die Machtverhältnisse zwischen den aktuell aktiven Gruppen in Syrien und damit die künftige Verfasstheit des Staates entwickeln. Zu beobachten bleibt zudem, wie diverse internationale Mächte auf die neue Situation reagieren, die in Syrien in den letzten Jahren ihre teils sehr gegensätzlichen Interessen verfolgt haben. Auswirkungen für die nachrichtendienstliche Bedrohungslage in Nordrhein-Westfalen können Eskalationen in der Region vor allem im Bereich iranischer Nachrichtendienste und möglicher staatsterroristischer Aktivitäten zum

Beispiel gegen (pro-)israelische oder (pro-)jüdische Ziele haben. Vor dem Hintergrund der letzten Entwicklungen in Syrien ist zudem verstärkt zu betrachten, ob weitere Staaten der Region veränderte nachrichtendienstliche Aktivitäten entfalten.

### **Nachrichtendienstliche Aktivitäten weiterer Staaten**

Neben unmittelbar mit aktuellen internationalen Konflikten verknüpften Aktivitäten ausländischer Mächte beobachtet die Spionageabwehr in Nordrhein-Westfalen unverändert intensive nachrichtendienstliche Aktivitäten weiterer Staaten. Neben Russland und Iran sind weiterhin China und die Türkei, aber auch verschiedene arabische, nordafrikanische und asiatische Staaten feststellbar. Diverse Nachrichtendienste werden in Deutschland dazu eingesetzt, im Rahmen der sogenannten Transnationalen Repression

(TNR) Auslandsopposition aufzuklären und zu bekämpfen. Darüber hinaus interessieren sich ausländische Mächte in Deutschland für politische, wirtschaftliche, militärische und wissenschaftlich-technologische Informationen und Güter. Sanktionierte Staaten wie Russland und Iran sind nach wie vor bestrebt, verbotene Technologie unter Umgehung der für Deutschland geltenden Exportkontrollregelungen zu beschaffen (Proliferation).

### **Cyberspionage, Cybersabotage und illegitime Einflussnahme**

Im Fokus der Arbeit der nordrhein-westfälischen Cyberabwehr standen unverändert die Länder China, Iran, Nordkorea und Russland. Deren nachrichtendienstliche Tätigkeit im Cyberraum orientiert sich primär an ihren aktuellen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Zielen. Zum Einsatz kamen je nach Land und Auftrag



ein breites Spektrum an Angriffsmethoden aus den Bereichen Cyberspionage, Cybersabotage und illegitimer Einflussnahme.

Insgesamt konnte in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2024 eine weitere Intensivierung (Quantität) und Professionalisierung (Qualität) von staatlich gesteuerten Cyberangriffen festgestellt werden. Wichtige Faktoren bei dieser Zunahme von Cyberangriffen spielten insbesondere eine fortgeschrittene Arbeitsteilung der Akteure, technologische Entwicklungen wie der Einsatz von Künstlicher Intelligenz und unterstützende nationale Gesetzgebungen.

Das Schutzniveau deutscher Unternehmen, Personen und Institutionen ist durchwachsen und verbesserungsfähig. Große Organisationen haben die Risiken durch (staatliche) Cyberangriffe mittlerweile erkannt und schützen sich und ihre

IT-Systeme zunehmend erfolgreich. Kleine und mittlere Firmen sowie Privatpersonen und Politiker haben im Gegensatz dazu häufig nicht die Aufmerksamkeit für das Thema und häufig nicht die Mittel für eine erfolgreiche Prävention.

### **Weitere Verstärkung des Wirtschaftsschutzes**

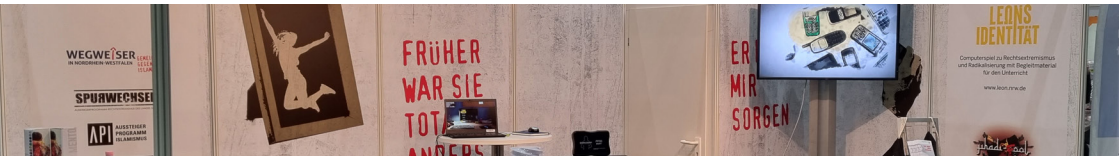
Auf die sich dynamisch entwickelnden geopolitischen Herausforderungen und die steigende Bedrohungslage mit immer neuen Angriffsmustern hat der nordrhein-westfälische Wirtschaftsschutz reagiert. In seinen eigenen Veranstaltungen des Berichtsjahres hat er Themen wie die Zusammenarbeit mit China und Reisesicherheit in den Fokus genommen. Zudem wurden die Information und Sensibilisierung der NRW-Kommunen konsequent fortgesetzt. Der Wirtschaftsschutz engagierte sich aber auch intensiv in der „Bund-Länder-offenen-Arbeitsgruppe Hybride Bedrohungen“ und bei der daraus abgeleiteten

Erarbeitung eines gemeinsamen Aktionsplans von Bund und Ländern gegen Desinformation.

Wie wichtig die Arbeit des Wirtschaftsschutzes von Unternehmen eingeschätzt wird, zeigt die gegenüber dem Vorjahr erheblich gestiegene Nachfrage nach Sensibilisierungsvorträgen und Beratungsgesprächen. Wirtschaftsschutz, Spionage- und Cyberabwehr erreichten bei 104 Online- und Präsenz-Veranstaltungen rund 5.200 Personen.



# Präventionsarbeit und Aussteigerprogramme



Mit Blick auf die aktuellen politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen stellt die Präventionsarbeit des Verfassungsschutzes einen wesentlichen Baustein zur Bekämpfung von Extremismus jeglicher Ausrichtung dar. Die Zusammenarbeit mit Behörden, Politik und Zivilgesellschaft ist dabei unabdingbar, weil der Schutz der Demokratie stets eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Der Verfassungsschutz bietet in einem breiten Ansatz individuelle Hilfestellung

zur Deradikalisierung von Betroffenen an. Die Arbeit mit ihnen bietet zugleich wertvolle Möglichkeiten, zu lernen und die Präventionsarbeit noch gezielter ausrichten zu können.

## Präventionsprogramme

Der NRW-Verfassungsschutz betreibt das Präventionsprogramm Wegweiser und drei Aussteigerprogramme. Wegweiser feierte im Jahr 2024 sein zehnjähriges Jubiläum. Das Programm

arbeitet damit seit nunmehr einer Dekade daran, den Einstieg junger Menschen in den Islamismus zu verhindern. Die neue Website des Programms mit Online-Chat gibt es seit einem Jahr. Vom Start im November 2023 bis zum 31. Dezember 2024 haben über diesen Weg bereits 469 Beratungen stattgefunden. Der Zugang zum Chat ist anonym, vertraulich und kostenlos. Dieses Angebot einer schnellen und vertraulichen Hilfe im Netz soll sich vorrangig an Jugendliche und junge Erwachsene richten und die Zahlen zeigen, dass die angesprochene Zielgruppe erreicht wird.

Ebenfalls seit zehn Jahren gibt es das Aussteigerprogramm Islamismus (API), das neben den beiden Programmen Spurwechsel (Rechtsextremismus) und Left (Links- und auslandsbezogener Extremismus) Ausstiegswillige auf ihrem Weg aus der jeweiligen Szene unterstützt. Die

Programme leisten damit einen wichtigen Beitrag im Bereich der Tertiärprävention. Freiwilligkeit und Eigenverantwortung zur Verhaltens- und Einstellungsänderung der Ausstiegswilligen sind dabei immer die Grundvoraussetzung für eine Zusammenarbeit und Teilnahme an den Programmen.

Das Dialogformat PRISMA bietet moderierte Aussteigergespräche an. Im Jahr 2024 fanden 50 Gespräche unter anderem in Schulen und Sicherheitsbehörden sowie für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren statt.

### **Fortbildungen und Tagungen**

Im Bereich der Primär- und Sekundärprävention bietet der Verfassungsschutz laufend Fortbildungen und Tagungen an beziehungsweise beteiligt sich an diesen. Das Angebot reichte im Berichtsjahr von der Ausbildung qualifizierter

Trainerinnen und Trainer über Fortbildungen für Angehörige der Justiz bis hin zu Informationsveranstaltungen in Zusammenarbeit mit dem Institut der Feuerwehr Nordrhein-Westfalen (IdF NRW).

Das Programm VIR (Veränderungsimpulse setzen bei rechtsorientierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen) qualifiziert Personen im Umgang mit rechtsorientierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Es sollen gezielt dort Impulse gesetzt werden, wo eine Annäherung an den Rechtsextremismus erkennbar ist. Bislang gibt es rund 210 lizenzierte VIR-Trainerinnen und -Trainer. Im August 2024 fand eine Vernetzungstagung für die Trainerinnen und Trainer statt, welche das Thema „Kindheit und Jugend. Entwicklungsphasen - Lebenslagen - Radikalisierung“ im Fokus hatte.

Unter dem Motto „Rechtsextremismus und Kampfsport“ fand im Oktober 2024 gemeinsam mit dem Extremismusbeauftragten der Kreispolizei Siegen-Wittgenstein ein Fachworkshop statt.

Im November 2024 nahmen rund 140 Teilnehmende am Fachtag „Einstiegsprozesse in den Rechtsextremismus und Islamismus“ teil. Ein Großteil von ihnen stammte aus dem Bereich der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit. Da auch ein moderiertes Aussteigergespräch Teil des Programms war, zeigte dieser Tag, dass vor allem die Zusammenarbeit verschiedener Akteure ein wichtiger Bestandteil erfolgreicher Präventionsarbeit ist.

## Teilnahme an Veranstaltungen

Der Verfassungsschutz hat in 2024 weiterhin zahlreiche, zielgruppengerechte Formate bedient. Dazu zählen Vorträge bei Veranstaltungsreihen sowie Workshops für Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte. Plattformen bieten zudem Messen, wie beispielsweise die Gamescom oder der Deutsche Präventionstag, der im Juni 2024 in Cottbus stattfand. Der thematische Fokus bei Teilnahme an Veranstaltungen lag im Berichtsjahr auf den Bereichen Islamismus und Rechtsextremismus.

Im November 2024 fand der jährliche Austausch des Programms „Kommunen gegen Extremismus“ im Innenministerium statt. Vorträge bezogen sich auf die Themen **Graue Wölfe**, Rechtsextremismus und Reichsbürgerbewegungen.

Erstmalig fand in diesem Jahr auf Einladung des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes ein Vernetzungstreffen zum Thema primäre und sekundäre Prävention statt. Der Einladung folgten im Dezember 2024 Vertreterinnen und Vertreter von Landesämtern für Verfassungsschutz, des Bundesamts für Verfassungsschutz, des Bundeskriminalamts und des Militärischen Abschirmdienstes.

Bei insgesamt rund 240 Veranstaltungen zu den Themenfeldern Extremismus und Prävention im Jahr 2024 konnte der Verfassungsschutz über 10.300 Personen aus den unterschiedlichsten Bereichen der Gesellschaft unmittelbar erreichen.

## Aussteigerprogramme des Verfassungsschutzes



E-Mail: [kontakt@api.nrw.de](mailto:kontakt@api.nrw.de)

Telefon: 0211 837-1926

Website: [www.api.nrw.de](http://www.api.nrw.de)



E-Mail: [kontakt@spurwechsel.nrw.de](mailto:kontakt@spurwechsel.nrw.de)

Telefon: 0211 837-1906

Website: [www.spurwechsel.nrw.de](http://www.spurwechsel.nrw.de)



E-Mail: [kontakt@left.nrw.de](mailto:kontakt@left.nrw.de)

Telefon: 0211 837-1931

Website: [www.left.nrw.de](http://www.left.nrw.de)

## Präventionsangebot Wegweiser und weitere Angebote



E-Mail: [info@wegweiser.nrw.de](mailto:info@wegweiser.nrw.de)

Telefon: 0211 871-2728

Website: [www.wegweiser.nrw.de](http://www.wegweiser.nrw.de)



E-Mail: [info@thema-jugend.de](mailto:info@thema-jugend.de)

Telefon: 0251 540-27

Website: [www.vir.nrw.de](http://www.vir.nrw.de)



E-Mail: [aussteigergespraeche@im1.nrw.de](mailto:aussteigergespraeche@im1.nrw.de)

Website: [www.im.nrw/prisma](http://www.im.nrw/prisma)



## Computerspiel „Leons Identität“

Leons Identität ist ein detektivisches Abenteuer-spiel. Spielort ist das Zimmer eines vermissten Jugendlichen namens Leon. Der Spieler schlüpft in die Rolle von Jonas, der sich Sorgen um seinen Bruder Leon macht. Jonas versucht, Spuren und Hinweise zum mysteriösen Verschwinden zu finden. Dabei zeichnet er Leons langsames Abdriften in die rechtsextremistische Szene nach.

Download unter [leon.nrw.de](https://leon.nrw.de) für alle gängigen Betriebssysteme (Windows, MacOS, Linux) oder über die Spieleplattform Steam. Das Spiel hat eine offizielle Altersfreigabe ab 12 Jahren.

Um den Einsatz in Schulen und Jugendarbeit zu ermöglichen, wurde zu Leons Identität pädagogisches Begleitmaterial entwickelt. Es ist neben der fachlichen Nutzung auch für die Verwendung

im Bereich Medienkompetenz empfohlen. Das pädagogische Begleitmaterial steht auf der Website [leon.nrw.de](https://leon.nrw.de) und im Broschüren-Service des Ministeriums für Schule und Bildung zum Download bereit.

# LEONS IDENTITÄT



## Video- und Social-Media-Kampagne „Jihadi fool“

Die 75 Videos der Kampagne „Jihadi fool“ sind auf der Plattform YouTube weiterhin online abrufbar.

Mit der Kampagne wendet sich der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz an ein breites Publikum mit einem Schwerpunkt bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen und lädt zur Auseinandersetzung mit salafistischer Internetpropaganda und Extremismus ein.

Mit Humor und Satire soll Aufmerksamkeit erzielt und mit Hintergrundvideos sensibilisiert werden. Die Videos erklären, woran man Extremismus erkennt, was genau am extremistischen Salafismus beziehungsweise Islamismus problematisch und warum die Demokratie schützenswert ist.

Aktuell arbeitet der Verfassungsschutz daran, dass sich insbesondere die Hintergrundformate für die pädagogische Arbeit beispielsweise an Schulen optimal nutzen lassen.



Websites: [www.youtube.com/c/jihadifool](https://www.youtube.com/c/jihadifool)  
[www.facebook.com/Jihadifool](https://www.facebook.com/Jihadifool)  
[www.instagram.com/jihadifool](https://www.instagram.com/jihadifool)  
[twitter.com/jihadifool](https://twitter.com/jihadifool)



Ministerium des Innern  
des Landes Nordrhein-Westfalen  
Friedrichstraße 62-80  
40217 Düsseldorf

Telefon: 0211 871-01  
Telefax: 0211 871-3355  
[poststelle@im.nrw.de](mailto:poststelle@im.nrw.de)  
[www.im.nrw](http://www.im.nrw)

